



Christian Levrat mit den SP-Regierungsmitgliedern Andreas Rickenbacher, Philippe Perrenoud und Barbara Egger-Jenzer sowie Parteipräsidentin Irène Marti Anliker am Parteitag vom 23. Januar 2010 in Bern.

Der Bär ist aufgewacht!

Ihr erinnert euch vielleicht an die Plakate: 2004, während der Kampagne zum neuen Finanzausgleich. Ein starker Zürcher Löwe zieht einen Wagen, in dem ein fauler Berner Bär tief und fest schläft. Auf der einen Seite Dynamik an der Limmat, auf der andern Seite die Berner Behäbigkeit. Ein bekanntes und gerne wiederholtes Klischee.

Heute aber gehört dieses Klischee der Vergangenheit an. Rot-Grün hat es geschafft, den Bären aus seinem Winterschlaf zu reisen. Seit dem Wechsel der Mehrheit im Regierungsrat 2006 zeigt der Kanton, welches Potenzial in ihm steckt – und gibt dabei ein sehr gutes Vorbild für die ganze Schweiz ab. Drei Beispiele möchte ich nennen:

In der Wirtschaftspolitik hat es die Berner Regierung mit unserem Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher verstanden, sehr rasch auf die Krise zu reagieren. Als eine der ersten Kantonsregierungen hat sie konjunkturelle Massnahmen ergriffen, die Realwirtschaft nach Kräften gestützt und Arbeitslose nicht im Stich gelassen. Später sind die meisten Kantone dem Berner Beispiel ge-

folgt – zu guter Letzt, wenn auch zögerlich, sogar der Bundesrat.

In der Sozialpolitik hat unser Regierungsrat Philippe Perrenoud von Anfang an klar gemacht, dass der Kampf gegen die Armut vorrangigstes Ziel ist. Und dass er diese bis 2018 halbieren will. Erst kürzlich hat die Caritas dieses Thema auf nationaler Ebene aufgegriffen und alle Kantone aufgerufen, es den Bernerinnen und Bernern gleichzutun.

In der Umwelt- und Klimapolitik schliesslich weist der Kanton Bern mit unserer Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer einem mutigen und visionären Energiegesetz den Weg. Auch wenn es nicht in allen Punkten unseren Wünschen entspricht: Es geht in die richtige Richtung und bietet Perspektiven für die Zukunft. Und es verfolgt dieselben Ziele wie unsere nationale Volksinitiative «neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien».

Dass der Berner Bär erwacht ist, ist kein Zufall. Unsere drei Regierungsmitglieder und der Grüne Bernhard Pulver haben in den

letzten vier Jahren hartnäckig dafür gekämpft. Ohne die Anstrengungen von Andreas Rickenbacher, Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud und Bernhard Pulver würde der Mutz nach wie vor träge dösen.

Die begonnene Arbeit muss jetzt fortgeführt werden. Die SP

«Wir müssen alles tun, damit die vier rot-grünen Regierungsmitglieder wiedergewählt werden.»

ist die einzige Partei, die der ökonomischen, sozialen und energiepolitischen Krise glaubhafte und konkrete Lösungen entgegensetzen hat. Alle halten grosse Reden, nur wenige handeln. Wir müssen alles tun, damit die vier rot-grünen Regierungsmitglieder wiedergewählt und unsere Position im Grosse Rat gestärkt wird. Jede Stimme für andere Kandidaten ist für den Kanton Bern eine verlorene Stimme.

*Christian Levrat
Präsident SP Schweiz*

TSCHOU

Unser Wahlkampf bist du!

Bis zu 300 000 Franken erhalten die Bürgerlichen alleine von den Wirtschaftsverbänden für die Regierungsratswahlen.



BDP, FDP und SVP schalten schon länger Front-Insertate in den Tageszeitungen. Die SVP hat schon jetzt mehr

Geld ausgegeben, als die SP für den ganzen Wahlkampf zur Verfügung hat. Keine Angst, dies ist kein Aufruf zum Spenden – obwohl wir auch darauf dringend angewiesen sind. Dies ist der noch viel wichtigere Aufruf zum Handeln. Wir können die Wahlen mit Plakaten und Inseraten schlicht nicht gewinnen. Die finanzielle Ungleichheit ist zu gross. Aber wir können einen Weg wählen, der viel Erfolg versprechender ist: Dich als Mitglied oder Sympi und dein direkter Kontakt zu Mitmenschen.

Wenn jedes Mitglied und jeder Sympi der SP Kanton Bern zehn Menschen in seinem Umfeld überzeugt, Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud, Andreas Rickenbacher und Bernhard Pulver – und nur diese vier – auf den Wahlzettel zu schreiben, ist 4 gewinnt gewählt. Wenn jedes Mitglied und jeder Sympi fünf Menschen überzeugt, die SP-Liste zu wählen, dann bleibt die SP die stärkste Partei im Grosse Rat. Du kannst das Wichtigste tun, was ein Wahlkampf braucht: Menschen überzeugen, die SP zu wählen und dann auch wirklich wählen zu gehen. Aber du musst es tun! Denn unser Wahlkampf bist du!

Daniel Furter, Parteisekretär

PS: Mithelfen bei Plakatehängen oder Leserbriefeschreiben:
daniel.furter@spbe.ch, 031 370 07 83

KAMPAGNE DER JUSO KANTON LUZERN

Nein zum Bildungsabbau!

Die neu gegründete JUSO Kanton Luzern kämpft gegen den geplanten Bildungsabbau im Kanton Luzern. Zusammen mit der SP, Schule & Elternhaus sowie den SchülerInnenorganisationen der Kantis Musegg und Beromünster haben wir eine Petition lanciert. Mit dieser wird der Kantonsrat dazu aufgefordert, auf die Sparmassnahmen im Bildungsbereich zu verzichten.

Den tertiären Bildungsinstitutionen (Uni, FH, PHZ) sollen die Budgets um total sieben Millionen Franken zusammengestrichen werden, an den Kantis werden die Schulgelder um 200 Franken erhöht, die Musikschulbeiträge für SchülerInnen mit Maturafach Musik oder am musisch-pädagogischen Kurzzeitgymi erhöhen sich um stattliche 690 Franken!

Zudem sollen Klassen vergrössert werden und das Kurzzeitgymi wird ins Langzeitgymi integriert.

Auch an den Fachmittelschulen soll durch so genannte «Klassenoptimierungen» gespart werden. Ganz nebenbei werden auch noch Sonderschulplätze reduziert.

Die JUSO Kanton Luzern kämpft zusammen mit den verbündeten Organisationen gegen den drohenden Bildungsabbau.

Die oben erwähnte Petition wird aber nur ein Teil der Kampagne gegen den Bildungsabbau sein. An Schulen in Sursee, Willisau und Luzern werden unsere Sekti-

onen einen kantonalen Aktionstag durchführen, an dem auf die Sparmassnahmen aufmerksam gemacht wird. Dieser wird kurz vor der Beratung im Kantonsrat stattfinden. Zudem haben wir allen Schüler- und Studierendenorganisationen im Kanton Luzern unsere absolute Unterstützung zugesichert, falls sie nach Annahme des Sparpakets Protestaktionen (zum Beispiel Bildungstreik) durchführen wollen.

Die Sparmassnahmen sind ein massiver Bildungsabbau und werden verheerende Folgen haben. Die erhöhten Schulgelder werden die Chancengerechtigkeit und den Zugang zu den Gymnasien weiter verschlechtern. An Uni, FH und PHZ besteht die Gefahr, dass ein Numerus Clausus eingeführt, Studiengebühren

erhöht und wenig «rentable» Studiengänge geschlossen werden müssen. Das Wachstum unserer tertiären Bildungsinstitutionen ist aber politisch gewollt und abgesehnet. Ihr Ausbau hat positive wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Auswirkungen auf den Kanton Luzern. Die geplanten Sparmassnahmen stoppen die erfreuliche Entwicklung unnötig und verhindern weiterhin eine «Bildung für alle».

Den Link zur Onlinepetition:
www.juso.ch/bildungsabbau



Priska Lorenz
ist Präsidentin der JUSO Kanton Luzern und Kantonsrätin. Kontakt:
priska.lorenz@gmx.ch

SPARPAKET 2011

Bankrotterklärung der Politik

Die SP Kanton Luzern hat sich bereits bei der Präsentation des Sparpaketes 2011 durch die Regierung vehement gegen die Abbauvorlage geäussert. Es blieb jedoch nicht bei dieser verbalen Kritik. Die SP-Fraktion hat umgehend eine Reihe von Vorstössen platziert und ermöglicht dadurch eine Diskussion über den Unsinn einzelner Sparmassnahmen.

Die SP-Fraktion sieht es als ihre Pflicht an, aufzuzeigen, welche gravierenden Folgen dieses neuste, getarnte Sparprogramm haben wird. Deshalb hat sie Vorstösse mit gezielten Fragen zu den konkreten Folgen des Leistungsabbaus in jedem Departement eingereicht. Der Luzerner Bevölkerung soll transparent gemacht werden, was

die Regierung geflissentlich unter den Teppich kehrt. Wer hier von «Sparprogramm light» spricht, der hat die Bodenhaftung definitiv verloren.

Nur noch halbe Sicherheit im Kanton Luzern!

Von 40 bereits bewilligten Stellen bei der Luzerner Polizei werden nun 20 nicht geschaffen. Rund die Hälfte der dringendst benötigten Stellen wird also durch das Entlastungspaket gestrichen. Folglich kann sich die Luzerner Bevölkerung nur noch halb so sicher fühlen. Das ist eine sicherheitspolitische Katastrophe und eine krasse Missachtung des Volkswillens. Die Bevölkerung hat sich in einer repräsentativen Umfrage klar dahingehend geäussert, dass bei der Polizei auf keinen Fall gespart werden soll. Vorab die Bevölkerung in den Landregionen wird es am ehesten treffen, wenn

es zu einem Verteilungskampf bei den Leistungen der Polizei kommt. Die Folgen wurden bereits durch den Polizeikommandanten skizziert: Verlängerte Interventionszeiten oder sogar ausbleibende Interventionen! Die SP-Fraktion erwartet gespannt die Argumentation der Regierung und der bürgerlichen Parteien, wenn es darum geht, den Leistungsabbau gegenüber den Wählerinnen und Wählern zu rechtfertigen.

Bildung – weit mehr als nur Kosten

Auch die im Bildungsbereich gemachten Vorschläge sind für die SP unhaltbar: Wir fragen in einer Anfrage nach den Auswirkungen des Abbaus von Sonderschulplätzen. Die Begründung der Regierung, bei den sprachbehinderten Lernenden am meisten zu sparen, da bei diesen das Wachstum am grössten sei, ist unlogisch. Gerade

dort, wo ein Wachstum stattfindet, sollte investiert statt abgebaut werden. Ein weiteres Übel ist im Bereich der tertiären Bildung auszumachen: Mit der Senkung der Staatsbeiträge an die Uni Luzern, die Hochschule Luzern und die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz wird die Entwicklung der tertiären Bildung im Kanton Luzern gebremst. Der Aufbau der Hochschulen und damit das Ausgabenwachstum ist aber politisch gewollt und abgesehnet. Zudem werden andere Konkordatskantone mitziehen, ihre Beiträge an FH und PHZ ebenfalls kürzen und damit den Spardruck weiter erhöhen. Wir akzeptieren diese Schwächung der tertiären Bildung nicht, und fordern in einem Postulat den Verzicht auf diese Massnahme.

Auflistung aller Vorstösse
www.sp-luzern.ch/aktuell/neuigkeiten

VERNEHMLASSUNG STATUTENÄNDERUNG SP AARGAU

SP Aargau bald mit neuen Strukturen

Am 11. Januar 2010 hat der Parteitag der SP Aargau den Weg für eine Strukturreform geebnet. Die Vorschläge zur Neuorganisation gehen nun in die Vernehmlassung. Barbara Kunz-Egloff

Die aktuellen Statuten der SP Aargau sind mehr als zwanzig Jahre alt. Trotz verschiedener Anpassungen vermögen die darin festgelegten Parteistrukturen den Kriterien einer zeitgemässen erfolgreichen Organisation nicht mehr zu genügen.

Neue Führungsstrukturen als Basis für Erfolg

Mit der am letzten Parteitag im Grundsatz deutlich geforderten Strukturreform wird die klare Trennung von strategischer und operativer Ebene angestrebt. Dies ermöglicht, dass die Partei professionell geführt werden und im politischen Alltag wieder schnell, wirkungsvoll und erfolgreich agieren kann.

Der Zeitplan sieht vor, dass nach der Auswertung der nun laufenden Vernehmlassung die Statutenrevision vorbereitet und am ordentlichen Parteitag vom 8. Mai 2010 diskutiert und verabschiedet wird. Die Neuwahlen von Parteipräsidium und Geschäftsleitung erfolgen als einmalige Konsequenz dieser Reform erst am ausserordentlichen Parteitag vom 28. Juni 2010.

Die wichtigsten Punkte dieser Strukturreform umfassen

- Trennung von strategischer und operativer Ebene
- Verankerung von Position und Aufgaben des Präsidiums in den Statuten
- Verkleinerung der Geschäftsleitung auf 7 Mitglieder
- Verlängerung der Amtsdauer für Präsidium und Geschäftsleitung
- Aufwertung der Präsidienkonferenz zum Parteirat
- Streichung der personellen Zu-

sammensetzung des Sekretariats aus den Statuten

Parteitag bleibt oberstes strategisches Führungsorgan

Nach wie vor bleibt der Parteitag für die strategischen Entscheide zuständig. Bei allen jenen Geschäften aber, die aufgrund ihrer Dringlichkeit oder ihrer Relevanz nicht dem Parteitag unterbreitet

Die Verlängerung der Amtsdauer auf vier Jahre für Parteipräsidium und die Geschäftsleitung ermöglicht eine kontinuierliche Zusammenarbeit.

Strukturen allein sichern keinen politischen Erfolg!

Es braucht nach wie vor motivierte Menschen, engagierte Politikerinnen und Politiker in allen Gremien und auf allen Ebenen, unermüdliche Genossinnen und Genossen in den Sektionen und Bezirken, die bereit sind, für unsere Werte und Ideale einzustehen.



werden, soll neu der Parteirat die strategischen Entscheide übernehmen.

Für die operative Führung braucht es eine kleine, engagierte, konstante Personengruppe in der Geschäftsleitung, welche die Prozessverantwortung und das Controlling in allen Bereichen übernimmt und flexibel und effizient handeln kann. Künftig sollen der Geschäftsleitung fünf vom Parteitag gewählte Mitglieder angehören, ebenso das Partei- und Fraktionspräsidium von Amtes wegen und das Sekretariat mit beratender Stimme.

Dieses Engagement wünschen wir uns vor, während und nach dieser Strukturreform!

Wer sich an der Vernehmlassung beteiligen will, ist herzlich dazu eingeladen. Die Unterlagen sind unter: www.sp-aargau.ch/strukturreform zu finden.



Barbara Kunz-Egloff von Brittnau war SP-Grossrätin und Parteipräsidentin. Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe Strukturreform der SP Aargau.

EDITORIAL

Die Chancen packen

Der Parteitag vom 11. Januar hat den von der Projektgruppe



vorgeschlagenen Reformschritten zugestimmt. Die Diskussion war intensiv, das Resultat am Schluss klar: eine zeitgemässe Organisation der

SP Aargau ist notwendig und auch gewünscht, die Änderungsvorschläge gehen in die richtige Richtung und sowohl Zeitpunkt als auch Zeitplan stimmen. Seit dem 10. Februar läuft nun die parteiinterne Vernehmlassung. Ich wünsche mir und der Partei, dass sich möglichst viele an dieser Vernehmlassung aktiv beteiligen und Antworten, Ideen und Anregungen rechtzeitig einreichen. Eine weitere Chance, die wir unbedingt packen sollten, bietet sich am nächsten Abstimmungssonntag. Die BVG-Revision mit den angestrebten Kürzungen gehört mit einem Nein an den Absender zurückgesandt. Denn wieder einmal wird versucht, den Versicherten Geld wegzunehmen. Und noch eine Chance: Haben wir die Gleichstellung der Geschlechter erreicht? Nein, denn dann müssten wir sie nicht mehr thematisieren. Noch immer verdienen Frauen für einen gleichwertigen Job weniger als Männer, Beruf und Privates (manche sagen dem „Familie“) lässt sich vielerorts noch nicht verbinden. Von Gewalt, die sehr vielfältig sein kann, sind mehrheitlich Frauen betroffen. Unsere Gesellschaft mag zwar aufgeschlossener und offener, liberaler sein als noch vor dreissig Jahren. Von einer echten und umfassenden Gleichstellung sind wir noch weit entfernt, es gibt noch viel tun – dafür kann sogar ich glaubwürdig eintreten, auch oder eben gerade auch als Mann.

Marco Hardmeier von Aarau ist Präsident der SP Aargau



«Rot ist das schönste Grün»

Fünf Jahre lang hat Christine Keller die SP-Fraktion im Grossen Rat durch manchen politischen Sturm geführt. Ende Januar hat sie nun den Präsidentinnenstab an ihre Nachfolgerin Tanja Soland weitergereicht. Im Interview mit «links» hält die 50-jährige Juristin Rückschau auf eine bewegte Amtszeit. Interview: Dieter Wüthrich

Christine, bist Du 2005 mit dem Anspruch angetreten, das Fraktionspräsidium fünf Jahre lang auszuüben?

Als ich mein Amt Anfang 2005 angetreten habe, schwebte mir tatsächlich eine etwa vier- bis fünfjährige Amtszeit vor. Ich kann mich nicht erinnern, dass vor mir jemand länger Präsidentin oder Präsident war – von Zeit zu Zeit braucht es wieder neue, unverbrauchte Leute an der Spitze

Warum trittst Du gerade jetzt zurück?

Grundsätzlich hätte ich mir einen Rücktritt bereits nach einer Legislaturperiode, also nach vier Jahren, vorstellen können. Mir war es wichtig, den «Fraktionsschlitten» für die neue Legislatur nochmals anzuschieben, denn gerade am Anfang gibt es doch immer wieder einiges zu organisieren. Ich wollte allerdings aufhören, bevor ich grössere Ermüdungserscheinungen hinsichtlich Strukturarbeit spürte. Und ich wollte der Fraktion meinen Rücktritt rechtzeitig kommunizieren, damit genügend Zeit für die Suche nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger blieb. So kam ich zum Schluss,

dass das Ende des grossrätlichen Amtsjahres der richtige Zeitpunkt für den Rücktritt sei.

Während Deiner Amtszeit wurde der Grosse Rat als Folge der neuen Kantonsverfassung von 130 auf 100 Sitze verkleinert. Damit reduzierte sich auch die Zahl der SP-Mandate. Was hat Dir rückblickend mehr Spass gemacht: die Führung einer Fraktion mit 46 Sitzen oder eine mit nur noch 32?

Es ist sicher einfacher, eine kleinere Fraktion zu führen. Es war aber eine spannende Herausforderung, eine anfänglich doch recht heterogene Mannschaft mit 46 Leuten zu führen, zumal fast die Hälfte der Fraktionsmitglieder nach den Wahlen 2004 neu war. Dazu waren neue Strukturen, etwa mit der Einberufung fester Arbeitskreise, einzuführen. Da waren integrative Persönlichkeiten an der Spitze gefragt und ich denke, dass ich hier eine meiner Stärken einbringen konnte. Heute ist die Fraktion zwar kleiner und übersichtlicher, dafür ist das politische Umfeld schwieriger geworden.

Immer wieder mal ist zu hören, das politische Klima in unserem Kanton

sei rauer geworden. Teilst Du diese Einschätzung?

Für die SP-Fraktion ist die Situation angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat derzeit bedeutend weniger komfortabel als auch schon. Bei besonders wichtigen Abstimmungen gelingt es den bürgerlichen Parteien, ihre Leute zu mobilisieren. Dies führt dann bei wichtigen politischen Sachgeschäften in der Tat zu einer Polarisierung, zu einer Verschärfung der politischen Debatte zwischen dem rot-grünen Lager einerseits und dem Bürgerblock andererseits. Als Beispiele aus jüngster Zeit sind da etwa die Schuldenbremse oder die Dividendenbesteuerung zu nennen.

Was waren die schönsten politischen Erfolge in Deiner fünfjährigen Präsidentschaft?

In jüngster Zeit waren dies sicher die Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung und die Subventionserhöhung für die Kaserne. Ein grosser Erfolg für die Fraktion und die ganze Partei war sicher auch, dass wir die letzte Steuerrevision durchgebracht haben. Als auch persönliche politische Erfolge

darf ich etwa die verbesserte Förderung des Jugendsportes und meine Standesinitiative gegen Atomkraftwerke verbuchen.

Und welches waren die schmerzvollsten Niederlagen?

Die Kommissionswahlen zu Beginn der Legislatur waren sicher eine politisch schmerzvolle Erfahrung. Und auch die Verschärfung der Schuldenbremse konnten wir nicht verhindern können.

Immer wieder zu parteiinternen Diskussionen Anlass geben die naturgemäss unterschiedlichen Rollen der Fraktion und unserer Regierungsmitglieder. Wie wolltest Du als Fraktionspräsidentin diese Rollen interpretiert sehen?

Mir war eine enge, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenarbeit immer wichtig. Mit den Schlüsselgesprächen (in der Regel einmal pro Quartal stattfindende Sitzungen zwischen Parteipräsidium, Fraktionsvorstand und den Regierungsratsmitgliedern, Anm. der Redaktion) haben wir dafür eine sehr vertrauensvolle Basis geschaffen. Man muss sich gegenseitig unterschiedliche Rollen zubilligen, ohne persönlich gekränkt zu sein, wenn die andere Seite zu einer anderen Einschätzung gelangt als man selber.

Eine ketzerische Frage: Was muss die SP anders bzw. besser machen, damit sie die nächsten Wahlen gewinnt?

(lacht) Wenn ich dafür ein Patentrezept hätte ... Wir sind ja daran, unser politisches Profil wieder zu schärfen. Ich sage immer «Rot ist das schönste Grün» und deshalb müssen wir aufzeigen, dass wir im Gegensatz zu anderen, monothematischen Parteien auch für soziale Nachhaltigkeit einstehen. Und wir müssen es schaffen, unsere politischen Botschaften wieder in einer einfachen Sprache zu vermitteln, die von den Menschen verstanden wird.

Zum Schluss bitte ich Dich, den folgenden Satz zu vollenden: Ich möchte, dass die SP in Zukunft ...

... wieder so stark wird, dass wir die grosse soziale und nachhaltig gestaltende Kraft in diesem Kanton sind.